

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1909**

279 (6.12.1909) 1. Blatt

# Badischer Beobachter.

## Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt, monatlich 60 Pfg. Briefträger ins Haus gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

**Beilagen:**  
Einmal wöchentlich: das illustrierte wöchentliche Unterhaltungsblatt **„Sterne und Blumen“**.  
Zweimal wöchentlich: das vierteljährliche Unterhaltungsblatt **„Blätter für den Familientisch“**.

**Anzeigen:** Die sechspolige Pettzeile oder deren Raum 25 Pfg. Restamen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.  
**Redaktion und Geschäftsstelle:** Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).  
**Sprechstunden der Redaktion:** von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft **„Badenia“** in Karlsruhe, Adlerstraße 42. **Heinrich Vogel, Direktor.**

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: **Dr. Theodor Meyer**; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: **Franz Bahl**; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: **Heinrich Vogel**; familiäre in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Restamen: **Hermann Wähler** in Karlsruhe.

### Liberalen und Sozialdemokraten bei Vergebung der Referate der Budget-Kommission.

Man kommt aus dem Erkennen nicht heraus, wenn man hört und liest, wie es in der Budgetkommission gleich bei Verteilung der Referate hergegangen ist und wie nun liberal-sozialdemokratische Blätter die Vorgänge darstellen. Früher hat man solches nicht erlebt.

Es war niemals Brauch, bei Verteilung der Referate die Vertretung einer Partei oder einen einzelnen Vertreter rücksichtslos zu majorisieren. Man hat die Angelegenheit vielmehr auf dem Wege gegenseitiger Verständigung erledigt und sich dabei allseits bereit gezeigt, nach Billigkeit zu verhandeln und etwaige Wünsche nach Zulässigkeit zu berücksichtigen.

Wenn ein Referat in bestimmten Händen war, so galt es als selbstverständlich, daß der betreffende Abgeordnete es behielt und zwar ungehindert, so lange nicht er selbst eine Änderung beantragte.

Das Referat des Abgeordneten Neuhaus hat sich in sehr guten Händen befunden. Nun ist es geteilt worden. Wir glauben zu wissen, daß es gegen den Willen des Abg. Neuhaus so gemacht wurde. Zu dieser Änderung lag keinerlei sachlicher Grund und Anlaß vor. Der Umstand, daß die Sozialdemokratie das Referat wollte, wenn nicht ganz, so doch einen Teil davon, war natürlich kein sachlicher Grund und Anlaß. Natürlich ist nicht sachlicher Grund und Anlaß, daß die Fraktion des Zentrums an der Sache interessiert, sondern die ganze Partei. Eben deswegen hat dieselbe auch mitzuwirken. Wenn Unbilliges und Ungerechtes auf Seiten der Vertreter des Zentrums fruchtbar gemacht werden muß, so ist es unbillig und ungerecht gegen die ganze Partei. An erster Stelle ist der Vorsitzende der Kommission dafür verantwortlich zu machen, der Abg. Neumann. Wir machen ihn auch verantwortlich.

Wenn ein Referat frei wurde, weil der bisherige Inhaber nicht mehr der Kommission zugehörte, so galt es als selbstverständlich, daß ein Fraktionsgenosse dieselbes erhielt, falls ein solcher gewünscht wurde. War letzteres nicht der Fall, so hatte ein anderer Kommissionsmitglied den Vorrang vor einem jüngeren, wenn etwa eine Konkurrenz von Wünschen sich geltend machte. Das man es so hielt, war der Billigkeit entsprechend und kam allen Parteien zu Nutzen. Nach dieser Praxis durfte das Referat über das Budget der Romanverwaltung dem Zentrum nicht entzogen werden, das der Abg. Breiter innegehabt hatte, falls ein Mitglied der Zentrumsfraktion es wollte.

Die Übertragung dieses Referates an den nationalen Abgeordneten Säger war eine weitere Rücksichtslosigkeit gegen das Zentrum. An erster Stelle ist der Abg. Neumann als Vorsitzender der Budget-Kommission dafür verantwortlich zu machen.

Das Referat, welches viele Jahre hindurch der Abgeordnete Fieser hatte, und nach ihm der Abg. Otfrieder, Unterrieder und Kultus, war ein sehr umfangreiches. Es umfaßte auch verschiedene Gebiete, die nicht gleicher Art sind. Natürlich hat dasselbe im Laufe der Zeit an Umfang beträchtlich zugenommen. Eine Zeitung war daher je am Platze. Es sind Offiziere, die gewünscht hätte, wird kaum festgestellt werden können. Wenn er sie nicht gewünscht hätte, wäre sie wohl unterblieben, obwohl sehr gewichtige Gründe dafür sprachen. Da nun aber das Gesamtreferat frei geworden war, ließ sich eine solche ohne Schwierigkeit bewerkstelligen. Die Billigkeit sprach dafür, dem Wunsch des Zentrums Rechnung zu tragen, das Referat über eines der verschiedenen Unterrichtsgebiete zu erhalten. Allein man hatte eine solche Rücksicht nicht genommen. Noch mehr: das Referat über das Volksschulwesen hat der Sozialdemokrat Kolb erhalten. Das war tief verletzend für die Fraktion des Zentrums und kann von der Partei nur mit Entrüstung aufgenommen werden. Es trifft sich wirklich prächtig, daß der Präsident der Budgetkommission, der nicht an letzter Stelle dafür verantwortlich gemacht werden muß, in seinem Beruf Mitglied der Oberstudienbehörde ist.

So sich also Gelegenheit geboten hat, bei Verteilung der Referate der Budget-Kommission auf Kosten des Zentrums rücksichtslos zu verfahren, da ist unter Neumanns Präsidium die Gelegenheit auch benützt worden.

Das soll wohl registriert werden! Man aber ein anderes Bild:

Liberalen und sozialdemokratische Blätter haben sich in ihrer Art über das Zentrum hergemacht, weil dieser Vertreter in der Budget-Kommission das Referat über den Biersteuer-Gesetzentwurf nicht übernommen habe.

Allein die Ablehnung dieses Referates ist mit gutem Grunde erfolgt; nach den abovakenden Umständen mußte sie erfolgen.

In früheren Zeiten ist es auch vorgekommen, daß eine Arbeit an die Budgetkommission herangetragen ist, welche nicht innerhalb des Rahmens des Staats-Budgets lag. Es hat sich aber jeweils kein Streit darüber erhoben, wer den Bericht übernehmen sollte.

Schlug die Angelegenheit in das Gebiet ein, dessen Bearbeitung einem bestimmten Berichterstatter zugewiesen war, so war es für jedermann ausgemacht, daß eben dieser Berichterstatter die Sache zugewiesen bekam und ohne weiteres auch übernahm.

War dies nicht der Fall, fand sich dagegen ein Mitglied in der Kommission, das mit der Angelegenheit besonders vertraut war, ohne an derselben interessiert zu sein, so war in ihm der gegebene Berichterstatter gefunden.

War auch dies nicht der Fall, so fiel der Bericht dem Vorsitzenden der Kommission zu.

Wollte ihn der Vorsitzende nicht übernehmen, so hat er mit irgend einem Mitglied der Kommission sich privatim verständigt oder in der Kommission selbst die Frage gestellt, ob jemand den Bericht übernehmen wolle. Das war eine in der Sache selbst begründete Praxis, mit der jedermann einverstanden sein mußte und einverstanden war.

Wie ist es nun bei der Vergabung des Referates über die Biersteuer gegangen?

Als der Vorsitzende Neumann die Gesetzesvorlage über die Biersteuer erwählte, wurde nicht etwa gefragt, ob jemand den Bericht übernehmen wolle. Es war auch mit keinem Mitglied der Zentrumsfraktion darüber privatim gesprochen worden. Statt dessen schlug der Abg. Kolb obenerwähntes dem Abg. Kopf als Berichterstatter vor.

Das war unter allen Umständen verlegend.

Es ist möglich, daß Neumann und Kolb sich vorher verständigt hatten, es so zu machen. In diesem Falle war anzunehmen, daß den Verfahren eine bestimmte Absicht zugrunde lag, die eine Spitze gegen das Zentrum hatte. Wenn das zu vermuten war, dann konnte der Antrag nur als eine Allokation angesehen werden, die man sich nicht bieten lassen durfte. Es war dann auch ganz angemessen, mit der Ablehnung den Herrschaften es recht deutlich zu sagen, daß man ihre Absicht durchschaue.

Es ist auch möglich, daß Kolb ganz von sich aus den Antrag stellte, ohne mit anderen Großblutgenossen sich darüber verständigt zu haben. In diesem Falle war es vorlaut und unbedeutsam von Herrn Kolb. Die einzig richtige Antwort war abermals die Ablehnung und zwar mit der Begründung:

„Vom Kollegen Kolb lasse ich mir keine Arbeit zuweisen.“

Sah sich der Abg. Kopf unter solchen Umständen moralisch genötigt, den für ihn bestimmten Bericht abzulehnen, so war natürlich für jeden seiner Fraktionsgenossen die Annahme desselben ausgeschlossen. Die liberal-sozialdemokratische Presse will geltend machen, das Zentrum hätte den Bericht übernehmen sollen, weil die Erhöhung der Biersteuer mit der Reichsfinanzreform im Reichstage durch Konvention und Zentrum eingeführt worden sei. Allein mit mindestens dem gleichen Rechte könnte man auch sagen: Diejenigen, welche die Reichsfinanzreform so sehr verlästert haben, sollen nunmehr das Referat über die Biersteuer-Vorlage übernehmen!

### Deutscher Reichstag.

4. Sitzung.

Hd. Berlin, 4. Dezember.

Beginn der Sitzung mittags 1 Uhr.  
Am Bundesratsstische von Tirpitz, Delbrück. Zunächst wurde ein schleuniger Antrag Albrecht und Gen. wegen Einweisung zweier gegen den Abgeordneten Kammen beim Landgericht Hensburg und beim Reichsgericht schwebenden Strafverfahren während der Dauer der gegenwärtigen Session. Auf der Tagesordnung stehen alsdann die Interpellationen Leonhardt und Gen. sowie Albrecht und Genossen betreffend den Wert-Prozess in Kiel.

Abg. W i e m e r (fr. Sp.): Da das jetzt in Kiel er-gangene Urteil noch nicht im Wortlaut vor uns liegt, sind wir genötigt, heute auf die Verhandlung der Interpellation zu verzichten.

Abg. S i n g e r (Soz.): Ich schließe mich dem hinsichtlich der Interpellation namens meiner Freunde an. Staatssekretär T i r p i t z: Ich bin bereit, die Interpellation am Montag zu beantworten. — Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Es folgt die Interpellation von Hertling und Genossen (Zentrum) und Albrecht und Genossen (Soz.) betreffend den Fachsenwerbands-Arbeitsnachweis in Auhreter.

Staatssekretär D e l b r ü c k: Ich bin bereit, die Interpellation an einem der nächsten Tage zu beantworten. Eine gleiche Antwort erteilt der Staatssekretär sodann hinsichtlich sämtlicher übriger vorliegenden vier Interpellationen. — Nunmehr setzt das Haus die gestern abgebrochene Generaldebatte fort über das Gesetz betreffend Hinausschiebung des Termins für Inhaftieren der Reklusen-Verpflichtung. (§ 15 des Zolltarifgesetzes.)

Abg. S a c h s e (Soz.): Die Agrarier stellen Millionen in die Tasche aufgrund des neuen Zolltarifes von 1902 und für die Witwen und Waisen ist kein Geld da. (Gelächter rechts.) Das Zentrum spielt dabei immer den Unschuldigen. Der katholische Volksverein treibt eine un-sichere und unklare Agitation in Weiskalen. Er arbeitet nur mit Entstellungen. (Lärm im Zentrum: 30 000 M.) Mit dem Flugblatt des Herrn Bruff, das den Fortschritt einer Verschönerung von Bergbüchern bei der letzten Wahl-bewegung erhebt, haben unsere dortigen Parteiführer gar nichts zu schaffen gehabt. Norder will auf diese Flugblatt-Angelegenheit noch näher eingehen, wird aber von dem antretenden Vizepräsidenten Spahn wiederholt darauf verwiesen, daß diese Sache mit dem Gegenstand der Tagesordnung gar nichts zu tun habe. Norder bricht schließlich seine Ausführungen kurz ab.

Abg. S t a d t h a g e n (Soz.): Das Zentrum rühmt sich, mit diesem § 15 des Zolltarifes unserer Reklusen-Verpflichtung, den Witwen und Waisen vor weit was für eine Wohltat erwiesen zu haben. Aber 30 bis 40 Pfg. pro Tag ist geradezu eine Erhöhung und erst recht ist es noch eine Verhöhung der Witwen, wenn ihnen durch diese Vorlage sogar das Bischen noch auf ein Jahr länger vorenthalten wird. Mit Ihrer Reichsfinanzreform von 600 Millionen Reich neuer Steuern ist auch den Witwen und Waisen genommen worden. Gehten wir doch von Ihnen nur den Großgrundbesitzern. Wollen Sie die Vorlage nicht ablehnen, so schicken Sie sie wenigstens erst in eine Kommission.

Abg. G i e s e b e r t s (Zentr.): Wenn der Abgeordnete Sache uns auf Ehrenwort versichert, daß mit dem 30 000 Mark-Flugblatt die sozialdemokratischen Führer gar nichts zu schaffen haben, so müssen wir ihm das glauben. Jedenfalls aber ist das Flugblatt von einem Manne verbreitet worden, der heute noch Beamter des Partei-Verbands-Vorstandes ist.

Abg. B e h r e n s (fr. Sp.): Wir bezichtigen jetzt darauf, uns über den Entwurf zur Reichsversicherungs-ordnung auszusprechen. Damit schließt die Debatte. Der Antrag der Frei-sinnigen, die Vorlage an eine Kommission zu verwieseln, wird abgelehnt und die Vorlage vorbehaltlos in zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Handelsvertrages mit Portugal.  
Staatssekretär D e l b r ü c k weist unter Empfehlung der Vorlage auf die neue Zoll- und Wirtschaftsgesetzgebung in Portugal hin. Namentlich sei eine Beeinträchtigung unserer Zuleitungen in Portugal zu vermeiden gewesen. Wir haben Portugal namentlich Jugentändnisse gemacht in Bezug auf Oliven, Portwein und Madeira-Wein, und in Bezug auf einen gewissen Ursprungsschutz für den Inlandverkehr. Wir können Sie also nur bitten, dem Vertrage zuzustimmen.

Abg. F i p e r (Zentrum) beantragt Zurückweisung der Vorlage an eine Kommission, umso mehr, als Deutschland eigentlich die Kosten des Vertrages trage. Portugal dagegen alle Vorteile davon habe. Die uns zugesicherten Zoll-Ermäßigungen seien geringfügig und wie auch sonst demgegenüber die Vorteile für Portugal, besonders für Südfrüchte, und da schmecken es seinen Freunden der Er-wählung wert, als wir überhaupt einem solchen Vertrage zustimmen können.

Abg. G e a r t A r a n i s (Soz.) erklärt sich den Gedanken des Redneres nicht ganz verständlich zu können. Die Fälle in Portugal gegenüber deutschen Waren seien zum-teil in der Tat erorbitant hoch. Aber er empfehle doch, den Vertrag einer wohlwollenden Prüfung zu unter-ziehen. Wollten wir, wie der Redner es zu wünschen schein, den Vertrag ablehnen, so wäre damit für uns nichts gebefert. Nehmen wir den Vertrag an, so können wir jedenfalls hoffen, daß sich unsere Beziehungen zu Portugal damit besser gestalten werden.

Abg. W e r t e l (nat.): Dieser Vertrag ist sicherlich keine verächtliche Leistung unserer Diplomatie, wie man offiziös behauptet hat. Die deutsche Bergbau-Industrie kann jedenfalls einer so günstigen Besatzung nicht zustimmen. Deutschland bewilligt Portugal alles unange-schrieben, Portugal dagegen gebietet uns alles nur vorüber-gehend, und zu jeder beliebigen Zeit bleibt Portugal in der Lage, mit seinen Forderungen einzugehen. Auch Textil-fabrikate, die schon jetzt einen unerhörten Schutz werden, werden von Portugal jetzt noch stark erhöht und die Zollermäßigungen, die uns als so wertvoll hingestellt werden, liegen gar nicht im Interesse Deutschlands, son-derm im Interesse der anderen Staaten. Gewisse billige Textilstoffe werden fortan ganz von portugiesischen Werken ausgeschlossen sein. Wie hat man überhaupt diesen Vertrag abschließen können, ohne die Vertreter der Spezial-Industrien hinzuzuziehen. Ohne Export und In-dustrie kann das deutsche Volk keine Revolution nicht mehr ertragen. Deshalb müssen wir Exportpolitik be-treiben. (Widerpruch beim Zentrum und rechts.)

Gesamrat v. M ü l l e r: In Bezug gerade auf die vom Vorredner berührten Textilstoffe hat sich die Regierung Sachverständigen bedient, und zwar einer thüringischen Firma. Unrichtig ist ferner die Annahme, als sei Por-tugal auch nach Abschluß dieses Vertrages in der Lage, seine Zölle umzusetzen zu erhöhen.

Abg. W u d d e b e r g (fr. Sp.): Die im Vertrage festgelegte Maximalgrenze ist nahezu so gut wie unge-nutzt. Dabei treffen die Zollermäßigungen fast ausnahms-los für uns wertvolle Export-fabrikate, während wir von den Forderungen kaum irgend welchen Nutzen haben. Vorteile vom Vertrage hat jedenfalls nur Portugal. Meine politischen Freunde sind damit einverstanden, daß diese Vorlage mindestens erst in einer Kommission beraten werden muß.

Abg. S ü d e k u m (Soz.): Grundzüge und Einzel-heiten des Vertrages bedürfen zweifellos noch einer ein-gehenden Vorprüfung. Dieser Vertrag könne, das stehe fest, als eine brauchbare Arbeit und als eine Vertretung der Interessen des deutschen Volkes nicht gelten.

Abg. L i n g (Soz. d. Sp.): Ich bin von den Ver-tretern meiner heimischen Textil- und Klein-Eisenindustrie

gebeten worden, den Vertrag abzulehnen. Das Wichtigste wäre, die Regierung zög den Vertrag vorläufig zurück und träte in neue Verhandlungen ein. Einseitigen würde er und seine Freunde allerdings der Kommissions-Beratung zustimmen.

Staatssekretär D e l b r ü c k: Alle die jedoch mit so viel Temperament vorgetragenen Bedenken sind ja zu ver-suchen, aber Sachverständige haben wir genug gehört und sie alle stimmten darin überein, daß uns unter allen Um-ständen die Zeitbegünstigung gesichert werden müsse, da-mit die andernfalls unserer Industrie erschwerten Ge-schäften abgewendet würden. Wir sind aber sogar noch darüber hinaus gegangen und haben nach Möglichkeit auf möglichst niedrige Maximalzölle hinzuwirken gesucht. Der Staatssekretär legt dann namentlich noch eingehend die Bedeutung des bei den Vorverhandlungen angebotenen wirtschaftlichen Ausschusses dar. Wenn noch Wünsche ein-zelner Interessenten an ihn gelangt wären, so hätte er auch sie sicherlich sorgsam geprüft. (Südekum ruft: Weshalb haben Sie denn den Vertrag nicht früher publiziert?) Na, meine Herren, darauf gehe ich noch ein. Eine andere Organisation des wirtschaftlichen Ausschusses halte ich jedenfalls nicht für möglich, seien Sie aber gewiß, daß ich alle Anregungen, die mir da etwa gegeben werden, genau erwäge werde. Doch ich den Vertragentwurf nicht früher publizieren konnte, bedauere ich selbst. Hierauf betragt sich das Haus.

Montag 2 Uhr Fortsetzung, vorher Berj-Interpellation Leonhardt.  
Schluß halb 5 Uhr.

Berlin, 4. Dezember. Die Weihnachtstferien des Reichstages sollen am 17. Dezember beginnen und am 11. Januar ihr Ende erreichen.

### Deutschland.

Berlin, 6. Dezember 1909.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages ist in der letzten Sitzung der Fraktion einstimmig wiedergewählt worden; neu in den Vor-stand kam Domfabrikant Abg. Dr. Wohl-Gieschardt.

Die Besetzung der Kommissionen des Reichstages geht nun vor sich; in die Budgetkommission werden seitens des Zentrums gewählt: Ergaberger, Behrensbad, Gröber, Frhr. v. Hertling, Müller-Julda, Schädler, Spahn und Sped. Vorsitzender der Peti-tionskommission wird wieder der Abg. Dr. Welser. In die Geschäftsordnungskommission trat nun ein Graf v. Oppersdorff; sonst bleibt die Kommissions-besetzung die alte.

Der portugiesische Handelsvertrag dürfte in Reichstage kaum noch in diesem Jahre erledigt werden, da er überall große Bedenken herodurft. Die Industrie legt keinen Wert auf Annahme desselben und die Weinbauern (Nobis) sprechen sich sehr scharf gegen die neuen Begünstigungen des Not-weines aus.

Ein Weißbuch über die Seekriegskonferenz Dem Reichstag ist ein Weißbuch zugegangen, worin Erläuterungen zu den Ergebnissen der in London am 4. Dezember 1908 bis zum 26. Februar 1909 abge-haltenen Seekriegskonferenz veröffentlicht werden. Das Weißbuch enthält den Generalbericht des Redaktionsausschusses der Konferenz zu der Erklä-rung über das Seekriegsrecht. Daran schließen sich zusammenfassende Bemerkungen über die Blockade, Kriegskonferenzen, neutralitätswidrige Unterstü-tzung, Verletzung neutraler Pflichten, Flaggengewech-sel, feindliche Eigenschaft, Geleit, Widerstand gegen die Durchsicherung und Schadenersatz.

Deutschland und die Kongofrage. Der Ber-liner „Vokal-Anzeiger“ schreibt: Die Nachricht der „Independence belge“, daß Deutschland und England ein Abkommen getroffen hätten, die Kongofrage vor eine internationale Konferenz zu bringen, an der alle Signatarmächte des Berliner Vertrages teilnehmen sollten, entbehrt jeder Begründung. Direkte deutsch-englische Verhandlungen in Bezug auf die Kongo-Angelegenheit werden zurzeit nicht geführt. Vor länger als 6 Monaten, in der ersten Hälfte des Mai d. J., ist zwischen dem deutschen Reiche und England ein Abkommen getroffen worden, wonach deutsche und englische Gebietsteile gegen einander ausgetauscht wurden und eine den beiderseitigen Interessen ent-sprechende Grenze geschaffen wurde. Zwischen dem deutschen Reiche und England ist also hier alles seit länger als einem Jahre im Reinen. Nunmehr hat aber Belgien als Eigentümer des Kongostaates dieses Abkommen mit der Behauptung angefochten, daß ge-wisse darin berührte Länder-Strichen streitig seien bzw. bisher zur Herrschaft des Kongostaates gehör-ten. Dadurch sind Verhandlungen notwendig ge-worden, die vom deutschen Reiche und England in Brüssel geführt werden und zwar vom deutschen Reiche direkt mit Belgien, von England aber, das die Einberlei-ung des Kongostaates in Belgien noch nicht aner-kannt hat, mit der Regierung des Kongostaates.

Der völlige Freispruch im Kieler Prozeß konnte nach dem gesamten Verlauf der Dinge nicht mehr übersehen werden. Alle Angeklagten freigesprochen — wie steht es aber mit der fallierenden Wertver-waltung? fragt selbst der „Berl. Vok.-Anz.“. War der Verteidiger Franckenthal im Recht, als er meinte,

Die Geschworenen würden durch die Freisprechung der Angeklagten zugleich die Wert von den schweren Beschuldigungen entlasten, die gegen sie erhoben worden sind, oder war die Staatsanwaltschaft auf dem richtigen Wege als sie gerade im Interesse der Wert und ihrer Verwaltung die Vernehmung der Schuldfragen verlangte? Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein. Der geschickte Schachzug des Verteidigers wird die öffentliche Meinung nicht darüber täuschen, wie der Freispruch der Geschworenen in Wirklichkeit zu verstehen ist. Sie wollten die Angeklagten nicht verurteilen, weil ihnen nichts bewiesen war, und daß ihnen nichts bewiesen werden konnte, dafür sind die Zustände auf der Wert verantwortlich zu machen, die die Heberverteilung des Fiskus zur notwendigen Folge haben mußten. Die angeklagten Kaufleute waren ehrlich genug, einzugehen, daß sie sich diese Situation zuzurechnen hätten. Der Wertverwalter aber stand es nicht wohl an, hinterher als Ankläger aufzutreten und über Untreue und Betrug Beschwerde zu führen, die, soweit sie vorgekommen sein sollten, lediglich durch die unglückliche Nachlässigkeit eben dieser Verwaltung ermöglicht werden konnten. Nun hat sie den Strafprozeß verloren und wird es danach auf einen Zivilprozeß gegen Frankenthal und Genossen zur Ausgleichung der erlittenen Verluste wohl nicht mehr ankommen lassen. Der Schaden, den der Fiskus davongetragen hat, ist nicht wieder gut zu machen, und für den Spott braucht er gewiß nicht zu sorgen. Im Reichstage aber stehen jetzt dem Reichsmarineamt böse Tage bevor. Auf der Anlagebank lag von Anfang an St. Bureaustatus in höchstgehöriger Person, und mit den Seldentaten dieses preussischen Seeligen, die im Meier Prozeß offenbar wurden, wird die Öffentlichkeit sich allerdings noch recht eingehend zu befassen haben. Der Reichstag hat die Pflicht, den Prozeß nunmehr vor sein Forum zu ziehen und in die staubigen Ecken und Winkel der Wirtschaft in der Marineverwaltung hineinzuleuchten. Er wird sich der gründlichen Erledigung dieser Pflicht nicht durch Rücksichten persönlicher Natur entziehen dürfen. Weil manche von den Reichstagen Herrn v. Tirpitz bei Austern und Champagner als lebenswichtigen Kräfte von Studienreisen gefeiert haben, wird der Anspruch der Öffentlichkeit auf rückhaltlose Aufklärung nicht geringer. Mit der sentimentalischen Auffassung, als ob mit Verdiensten auf anderen Gebieten die Verantwortlichkeit für die bureaukratischen Schlamereien aufgehoben würde, muß einmal ein Ende gemacht werden. Es geht nicht schlecht zur vielgerühmten altpreußischen „Beamtentradition“, daß die Presse aller bürgerlichen Parteien schon im voraus allerlei Pfänderchen auf die Wunden gelegt hat, die an der Verwaltung des Herrn v. Tirpitz offenkundig geworden sind. Der gleichen war in Altpreußen nicht Mode. Wer da das Beck hatte, für Schlamereien verantwortlich zu sein, mußte die Suppe auslöffeln, der andere, ob er sie sich selbst, oder ob andere sie ihm eingebracht hatten. Der Schöpfer Altpreußens, Friedrich II., hat sich bekanntlich keinen Augenblick befremdet, den eigenen Bruder und Thronfolger mit Schimpf und Schande von der Armeekasse wegzujagen, als er sich der auf ihm lastenden Verantwortlichkeit nicht gewachsen zeigte.

**Die Erträge für die liberalen Prinzipien.** Es ist etwas Schönes im Prinzipien und noch etwas Schöneres, wenn man solche besitzt, und man darf sie sich nicht etwas kosten lassen. Den Liberalen sind sie in den letzten Jahren immer mehr abhanden gekommen. Um so mehr dürfte es einen liberalen Mann freuen, daß man in Düsseldorf etwas gefunden hat, das wirklich echt ist und auch gar nicht ungefährdet zu werden braucht, damit es dem Bruder von der roten Skulptur gefalle. Das liberale Prinzip, das sich bei den Düsseldorfer Liberalen zur rechten Zeit, wie Obthe sagt, eingestellt hat, lautet: für Gemeindefrankenhäuser unter keinen Umständen Ordensschwester. Diesem Prinzip nun drohte in Düsseldorf eine große Gefahr. Die städtischen Krankenhäuser hatten ein gewaltiges Defizit zu verzeichnen. Eine Kommission wurde eingesetzt, die untersuchen sollte, wie dem Uebel abgeholfen wäre. Es wurden Erhebungen über die Verhältnisse an anderen städtischen Anstalten gemacht. Man fand heraus, daß es am besten wäre, wenn man geistliche Pflegerpersonal (Ordensschwester und Diakonissen) verwendete. Man konnte damit eine Viertel Million sparen, ohne daß die Pflege der Kranken deswegen eine schlechtere werden würde. Der Leiter wird nun denken, daß man unverzüglich im überwiegend liberalen Stadtvorstandeskollegium den Beschluß gefaßt hat, das weltliche Pflegerpersonal durch geistliches zu ersetzen. Das ist das liberale Prinzip nicht. Wir lassen es uns etwas kosten, und wenn's eine Viertelmillion ist, so sollte es aus dem Munde der Liberalen. Merkwürdig ist nur, daß das liberale Prinzip ein Prinzip ist und doch wieder keines. Im überwiegend katholischen Düsseldorf gilt es, in protestantischen Städten nicht; dort wirken Diakonissen. In Düsseldorf hätte man auch katholische Schwestern mit in Kauf nehmen müssen. Das war gegen das liberale Prinzip. Man sagt ferner, die Liberalen hätten keine Grundzüge. Was für eine elende Verleumdung der Liberalen angesichts der Düsseldorfer Prinzipienboldenheit!

**Die Erträge für die neuen Steuern im Etat.** Die Behauptung der gegnerischen Blätter, daß die neuen Steuern nur mit der Hälfte der Erträge eingestellt seien, ist unwahr, wie selbst die „Tägl. Rundschau“ jetzt angibt. Um zu einem richtigen Bild zu gelangen, muß man auf den Anhang der Reichsfinanzreform zurückgreifen. Der für den vorliegenden Bedarf erforderliche Betrag war auf 500 Millionen Mark angenommen. Hieron gingen aber für Nichterhöhung der Zundersteuer 35 Millionen Mark, für die beibehaltene Fahrkartensteuer 20 Millionen Mark und das erhöhte Ortsporto 3 Millionen Mark ab. Es kamen hinzu 25 Millionen Mark aus den erhöhten Matrularbeiträge und 4 Millionen Mark aus der Kürzung des Anteils der Bundesstaaten an der Erbschaftsteuer. Um diese insgesamt 87 Millionen Mark verminderte sich zunächst der Steuerbedarf, der sich somit auf 413 Millionen Mark stellte. Und während die 87 Millionen Mark naturgemäß voll im Etat zum Ausdruck kommen, gelangten von den 413 Millionen Mark nur 300 Mill. Mark zum Ansatz, zusammen also nur 387 Millionen Mark. Das sind  $\frac{1}{4}$ , oder  $\frac{1}{5}$ , der ursprünglichen Schätzung des Gesamtbedarfes, je nachdem man die 87 Millionen hinzurechnet oder nicht. Nun ist bei der Ertragsbewertung der neuen Steuern zu berücksichtigen, daß die den Reichsfinanzangelegen zugrunde liegenden Schätzungen sich nicht auf den Übergangszustand der ersten Jahre, sondern auf den Beharrungszustand beziehen. Für den Übergangszustand sind aber in Rechnung zu stellen ein

zeitweiliger Konsumrückgang und eine Vorratserhöhung durch Einfuhr usw. Ferner ist auch die Stundung der Steuern im ersten Jahre einen Einfluß auf den Ertrag aus. Um diese gebotene Vorsicht gelten zu lassen, braucht die ursprüngliche Schätzung noch keineswegs verlassen zu werden. In dem Nachtragsetat für 1909 ist der Ertrag der neuen Steuern für das laufende Jahr mit 85 Millionen Mark angelegt; das entspricht einem Jahresertrag für das erste Jahr von 150 Millionen Mark. Eine Verdoppelung dieses Ansatzes für das nächste Jahr ergibt einen Ertrag von 300 Millionen Mark, der dem tatsächlichen Staatsanlag von 1910 entspricht und bei einer wahrscheinlichen Steigerung um weitere 100 Millionen Mark in den folgenden Jahren wäre 1911 oder 1912 schon der Beharrungszustand vollständig konform der ursprünglichen Schätzung von 400 Millionen Mark erreicht. Für 1910 beträgt einschließlich der erhöhten Ausgleichsbeträge der Brausteuern für Süddeutschland von 15 Millionen Mark die veranschlagte Einnahme aus Zöllen und Steuern 1456 Millionen Mark, für 1909 dagegen, abzüglich des Witwen- und Waisenfonds, der auch 1910 nicht eingerichtet ist, 1163 Millionen Mark. Dieser Unterschied von 293 Millionen Mark entspricht also dem Anlag für die neuen Steuern. Es ist sehr gut, daß man die neuen Steuererträge nicht zu hoch einschätzte, sonst hat man gar bald das Defizit wieder.

**Versuchsanstalt für Luftschiffahrt.** Der vom Zentrum eingebrachte Initiativantrag hat freundliche Zustimmung gefunden; aus den bei der Fraktion einlaufenden Kundgebungen sei nur die aus Friedrichshafen selbst stammende mitgeteilt; sie lautet: „Die hiesige Gemeindevertretung hat mit großer Freude von dem Antrag des Zentrums, betreffend die Errichtung einer Versuchsanstalt für Luftschiffahrt in Friedrichshafen Kenntnis genommen und ist gerne bereit, das Unternehmen und die auf seine Ausführung gerichteten Bestrebungen mit bestem Dank für die Bemühungen nach Kräften zu unterstützen.“

**Zentrum und Erbschaftsteuer.** Unter der Ueberschrift „Entwöhnungen“ schreibt die „Konservative Korrespondenz“: „Der „Nürnberger Ztg.“ veröffentlicht die Aufschrift eines oppositionellen Konservativen, in der im Anschluß an den Bericht über eine Rede, die der Herr Reichstagsabgeordnete Herr v. Dohna-Schobitten über seine Tätigkeit im Reichstage gehalten hat, der Ansicht Ausdruck gegeben wird, daß die Ablehnung der Erbschaftsteuer, die das Zentrum zur Bedingung seiner Mitarbeit gemacht habe, die Vorbedingung für das Zustandekommen der Reichsfinanzreform gewesen sei. Wir haben hierzu folgendes zu erklären: Die Darstellung, das Zentrum habe seine Mitarbeit förmlich von der Ablehnung der Erbschaftsteuer abhängig gemacht, ist, soweit unsere Kenntnis der Verhältnisse reicht, unrichtig. Es war ohnehin bekannt, daß die Erbschaftsteuer beim Zentrum ebenso auf grundsätzliche Bedenken stieß, wie bei dem größten Teile der konservativen Partei. Hieraus ergab sich ganz von selbst, daß da eine Verständigung mit anderen Parteien sich als unausführbar erwies, dieser Teil der ursprünglichen Regierungsvorlage ausgeschrieben wurde. Einer darauf gerichteten Vereinbarung bedurfte es der Natur der Sache nicht.“

**Das neue Reichstagspräsidium.** Graf von Stolberg, Dr. Spahn und Gröpping von Hohenlohe werden sich dem Kaiser als neues Reichstagspräsidium der Reichsfinanzreform vorstellen und die Geschäfte des Hauses führen. Der Gesamtliberalismus hat sich selbst ausgehalten; für den Erbschaftsteuer beim Zentrum ebenso auf grundsätzliche Bedenken stieß, wie bei dem größten Teile der konservativen Partei. Hieraus ergab sich ganz von selbst, daß da eine Verständigung mit anderen Parteien sich als unausführbar erwies, dieser Teil der ursprünglichen Regierungsvorlage ausgeschrieben wurde. Einer darauf gerichteten Vereinbarung bedurfte es der Natur der Sache nicht.“

**Die Erträge für die neuen Steuern im Etat.** Die Behauptung der gegnerischen Blätter, daß die neuen Steuern nur mit der Hälfte der Erträge eingestellt seien, ist unwahr, wie selbst die „Tägl. Rundschau“ jetzt angibt. Um zu einem richtigen Bild zu gelangen, muß man auf den Anhang der Reichsfinanzreform zurückgreifen. Der für den vorliegenden Bedarf erforderliche Betrag war auf 500 Millionen Mark angenommen. Hieron gingen aber für Nichterhöhung der Zundersteuer 35 Millionen Mark, für die beibehaltene Fahrkartensteuer 20 Millionen Mark und das erhöhte Ortsporto 3 Millionen Mark ab. Es kamen hinzu 25 Millionen Mark aus den erhöhten Matrularbeiträge und 4 Millionen Mark aus der Kürzung des Anteils der Bundesstaaten an der Erbschaftsteuer. Um diese insgesamt 87 Millionen Mark verminderte sich zunächst der Steuerbedarf, der sich somit auf 413 Millionen Mark stellte. Und während die 87 Millionen Mark naturgemäß voll im Etat zum Ausdruck kommen, gelangten von den 413 Millionen Mark nur 300 Mill. Mark zum Ansatz, zusammen also nur 387 Millionen Mark. Das sind  $\frac{1}{4}$ , oder  $\frac{1}{5}$ , der ursprünglichen Schätzung des Gesamtbedarfes, je nachdem man die 87 Millionen hinzurechnet oder nicht. Nun ist bei der Ertragsbewertung der neuen Steuern zu berücksichtigen, daß die den Reichsfinanzangelegen zugrunde liegenden Schätzungen sich nicht auf den Übergangszustand der ersten Jahre, sondern auf den Beharrungszustand beziehen. Für den Übergangszustand sind aber in Rechnung zu stellen ein

**Das neue Reichstagspräsidium.** Graf von Stolberg, Dr. Spahn und Gröpping von Hohenlohe werden sich dem Kaiser als neues Reichstagspräsidium der Reichsfinanzreform vorstellen und die Geschäfte des Hauses führen. Der Gesamtliberalismus hat sich selbst ausgehalten; für den Erbschaftsteuer beim Zentrum ebenso auf grundsätzliche Bedenken stieß, wie bei dem größten Teile der konservativen Partei. Hieraus ergab sich ganz von selbst, daß da eine Verständigung mit anderen Parteien sich als unausführbar erwies, dieser Teil der ursprünglichen Regierungsvorlage ausgeschrieben wurde. Einer darauf gerichteten Vereinbarung bedurfte es der Natur der Sache nicht.“

zu haben, wird im ganzen Lande durchschaut werden und zum gewünschten Resultat nicht führen.

Die „Post“ schreibt: Die Meldung einiger Blätter, daß die Ablehnung der Wahl eines Polen zum Schriftführer des Reichstages mit der Annahme der zweiten Vizepräsidentenstelle durch den Erdring von Hohenlohe in ursächlichem Zusammenhange steht, dürfte zutreffen. Der Erdring hat die Annahme der Wahl an die Bedingung geknüpft, daß das Bureau so zusammengesetzt werde, daß ihm das Verbleiben im Präsidium nicht unmöglich gemacht werde. Das Zentrum hatte diese Bedingung nicht anerkannt und daher den Polen gewählt, drang aber nicht durch.

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

— Zur ungarischen Krise wird aus Budapest gemeldet: Nachdem die Audienz Metersky und Andrássy beim Kaiser wieder keine Lösung in der ungarischen Krise gebracht haben, so erwartet man in hiesigen politischen Kreisen, daß nun mit dem weiteren Verbleiben des Kabinetts Metersky nicht mehr zu rechnen ist und die Ernennung eines parlamentarischen Geschäftsministeriums bevorsteht.

### Italien.

— Zur Kabinettskrise. Dem „Messaggero“ zufolge gilt das Kabinett Sonnino als sicher. Sonnino wird auf die Mitwirkung der Mitglieder der äußersten Linken verzichtet, da er mit ihnen keine Mehrheit erzielen kann. Diese Gruppe wird aber Sonnino gegenüber neutral bleiben. Man glaubt, daß Sonnino mit den Mitgliedern der Mehrheit, die bisher Politik unterstützt haben, sowie mit den Konstitutionellen, ein Kabinett zustande bringen wird. — Für den Fall, daß Sonnino die Bildung des Kabinetts ablehnt oder seine Bemühungen, ein Ministerium zustande zu bringen, scheitern sollten, rechnet man mit einem Konzentrationsministerium der Linken mit Marini an der Spitze, während Marco das Kammerpräsidium erhalten würde.

### Frankreich.

— Abschaffung der Nachtarbeit der Wäcker. Wie der „Matin“ berichtet, verlannt auf der Arbeitsbörse, der Sekretär des Wäckerverbandes habe einen Brief von einem französischen aktiven General erhalten, worin dieser mitteilt, daß er die Ansicht des Erzbischofs von Paris teile und es für unstatthaft erachte, daß die Wäcker gezwungen seien, während der Nacht zu arbeiten.

### Rußland.

— Rußland und Japan. In unrichtigen Kreisen wird behauptet, die Neie Stolypin sowie des Finanz- und Kriegsministeriums nach Livadia hänge mit der Situation im fernem Osten zusammen. Man besuche zwar nicht, daß Japan kriegerische Absichten verfolge. Tatsache sei es jedoch, daß Japan einige Bestimmungen des Friedensvertrages in tendenziöser Weise zu seinem Vorteil auszunutzen suche und daß dieserhalb sowie zur freundschaftlichen Beilegung sonstiger bestehender Meinungsdivergenzen Verhandlungen zwischen Rußland und Japan eingeleitet werden sollen. — Die „Notwoje Wremia“ warnt vor den fortgesetzten in ökonomischen und politischen Beziehungen zwischen Rußland und Japan. Das Blatt vertritt, daß eine friedliche Beilegung des Zwischenfalles bevorstehe.

### England.

— Der englische Verfassungskampf. Wie amlied bekannt gegeben wurde, ist die Auflösung des Parlaments auf den 8. Januar festgesetzt. Die Wahlen sollen am 13. Januar beginnen. Mehrere verschiedenen Parteien angehörige Politiker, unter ihnen die Lords Cromer und Balfour of Burleigh, sowie die Erzbischöfe von Westminster und Canterbury, haben ein Manifest veröffentlicht, in dem sie die Einführung von Verhältniswahlen vorzuziehen. — Der Wahlkampf selber hat schon kräftig eingesetzt. In Plymouth hielt Lord Lansdowne in einer großen Versammlung eine Rede, in der er ausführte, es handle sich jetzt um zwei Streitpunkte, nämlich Budget gegen Tarifreform und Einkommensteuer gegen Zweifelhafte Regierung. Das Haus der Lords sei nicht fehlerlos, aber die seiner Neugestaltung eingeleitete Kommission sei von der Regierung in Verzug erklärt worden. Der Grund hierfür sei klar, denn je mehr man das Oberhaus ausbilde, um so stärker werde es sein. Die Haltung, fuhr Lansdowne fort, an der wir festhalten, ist vernünftiger und konstitutioneller als die Haltung der Regierung. Wir behaupten, daß das Haus der Lords für die Freiheiten des Volkes und für eines seiner kostbarsten Rechte kämpft, nämlich dafür, daß die Nation ein Recht hat, befragt zu werden, bevor eine grundlegende Veränderung in der Gesetzgebung stattfindet. — Am Samstag nachmittag fand auf dem Trafalgar Square das angekündigte Meeting der nationaldemokratischen Liga veranstaltet wurde. Es verlief ohne Zwischenfall.

### Afrika.

— Marokko und Frankreich. Der „Matin“ meldet aus Tanger: Muley Hafid empfing den französischen Konsul Gaillard und äußerte sich sehr erstant, von diesem die persönlichen Vorwürfe Frankreichs zu hören. Muley Hafid hat wieder Vertrauen in die Zukunft und machte dem Konsul verschiedene Versprechungen.

### Amerika.

— Zur Revolution in Nicaragua wird aus New York vom 4. d. M. berichtet: Eine Abteilung nicaraguanischer Regierungstruppen unter Führung des Obersten Guadamuz ergab sich dem Befehlshaber der Revolutionäre, General Matuy. Die Hauptmasse der Regierungstruppen, die übrigens seit zwei Tagen keinen Proviant mehr erhalten haben, ist jetzt bei Mama von der wohlbewaffneten Armee der Revolutionäre vollständig umzingelt. Wahrscheinlich wird es bereits morgen zu einem entscheidenden Kampfe kommen, dessen Ergebnis eine vollständige Niederlage des Präsidenten Zelaya und seiner Anhänger sein dürfte.

## \* „Das neue Baden“.

Die „Freie Presse“ schreibt vom 3. Dezember: Politische Wunden heilen. Das fortwährende Wundeln der „Freiburger Tagespost“ durch die sozialdemokratische und nationalliberale Presse, das Aufwachen der Bedenken gegen die Zentrumspartei und ihre Presse scheint auch in der Stadt Freiburg ihre bedenklichen Früchte zu zeitigen. Ins-

besondere scheint sich die Wut der Gegner auf die „Freiburger Tagespost“ zu entladen. Denn schon zum dritten Male ist innerhalb kurzer Zeit der Schandebel des Schandens (Geschäftsgebäude der Tagespost, Kolstr. 9) gewaltsam abgerissen worden: einmal wurde er in den Vorgarten eines Hauses der Colombstraße geschleudert und zweimal fand man ihn in den Gewerbestraße geworfen. Heute nacht sind abgesehen die Scheiben zertrümmert worden. Ja, ja, die Geister, die ich rief!

Der nationalliberale „Grenzboten“ bietet dem Zentrumsführer Wäcker Dyrzeigen an, droht einem Zentrumredakteur, ihn mit „Handgreiflichkeiten“ zu überziehen; die „Bad. Abztg.“ greift abwechselungsweise Wäcker, Schöfer, Seubert, Wittenmann persönlich an; andere liberale Zentrumsgegner schreiben anonyme Briefe mit rohen Schimpfwörtern; nationalliberale Führer fordern zum Brandmarkungsfeldzug gegen das Zentrum auf, weil es dem Reich die notwendigen Steuern bewilligt hat, eine Note liberal-sozialistischer wahlberechtigter Wäcker nicht nach Zürich bringen unter dem Ruf: „Wir schlagen den Wäcker tot“. Nebenher geht die widerliche Pfaffenbege. Bei der Wahl des Präsidiums im Landtag handelt der Großblock auf eigene Faust, legt sich zu seiner eigenen Praxis vom Jahre 1905 in Widerspruch und wählt einen Abgeordneten der stärksten Partei zum Präsidenten. Da darf man sich über dies und das was weiter bekannt wird nicht wundern. Solche Dinge gehören zu dem von der „Bad. Abztg.“ angeführten „neuen Baden“. Mord, Missetat, Gewalt sind nach den Grundgesetzen verboten, wenn sie die Partei zügeln können. In der Praxis stellen sich also Liberal- und Sozialisten auch hierin auf den gleichen Standpunkt.

Jetzt weiß man auch, daß das Präsidium des Landtags sich nicht zur Audienz beim Großherzog anmelden wird; es macht die Sache schriftlich ab; denn die Vorstellung beim Großherzog wäre eine Verlegenheit für die Sozialdemokratie. Diese Nichtstiftung wird sich in der Folgezeit immer mehr geltend machen. Die Nationalliberalen haben sich an diese Nichtstiftung schon seit 1905 gewöhnt und müssen sich immer mehr daran gewöhnen. Sie werden sich damit beruhigen, daß das ja Formen seien, die man ebenso ausüben wie unterlassen könne. Ganz richtig! Das Hoch auf den Großherzog ist auch eine solche Form, die nicht notwendig ist und die man unterlassen kann. Darum wurde vor drei Jahren das Hoch in Heidelberg auch unterlassen, als die Landtagsabgeordneten in der Festhalle beisammen waren und alles mögliche nur den Großherzog nicht hochleben ließen — aus nationalliberaler Rücksicht auf die Sozialdemokratie. Auch die Audienz des Präsidiums beim Großherzog ist so eine Form, die man unterlassen kann, die nicht notwendig ist. Also unterläßt man sie — sagen die Nationalliberalen — wenn es im Interesse der Sozialdemokratie liegt. Welche andere Form, die sonst im monarchischen Staatswesen üblich ist, wird als nächste daran kommen? Und gibt es nicht genug Leute, welche auch die Monarchie selbst für eine Form halten, die nicht notwendig ist und die leicht durch eine Republik zu ersetzen ist? Muß nicht in den weitesten Kreisen des Volkes schließlich der Gedanke Wurzeln fassen: Also auch Rücksicht auf die Sozialdemokratie unterläßt man üblich waren! Mein Wunsch fragt darnach! Die Regierung selber nimmt das, wie anders als ganz selbstverständlich hin! Die republikanisch radikalen Elemente machen einen starken Vorstoß im Landtag, die Nationalliberalen, die seit Jahrzehnten die Stütze der konstitutionell monarchischen Regierung waren, knicken gegenüber diesem Vorstoß zusammen, neben nach, werden zu Sklaven der radikalen Elemente, wollen mit ihnen zusammen die Politik des Landes machen. Die Regierung nimmt auch das als ganz selbstverständlich hin; die Konträre droht; der monarchische Faktor macht sich in keiner Weise bemerkbar. Was für Schlüsse sollen wir daraus ziehen? Ist wirklich alles gleich? Ist es unerlei, ob man den monarchischen Gedanken hochhält, oder ob man ihn sinken läßt?

So fragt man sich im Volk mehr und mehr. Und in Kreisen, die keineswegs zu uns gehören und die bisher als Stützen des monarchischen Gedankens galten, die aber, wie die Geschichte beweist, stets bereit waren, alles mitzumachen, sagt man bereits achselzuckend: „Nun ja! Zeitströmung! Die Dinge kommen und gehen! Auch mit der Monarchie ist es so!“ Wir f u n k e n nicht! Wer Ohren hat zu hören, der kann das in gewissen vornehmen Gesellschaftskreisen heute schon deutlich ausgeprochen hören. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß der monarchische Gedanke seit 1905 ungeheurer gelitten hat. Und was 1909 ist i l l u s t r i e n d o r sich gegangen ist und vor sich geht, das weiß auf böse Wege im neuen Baden hin für alle, welche die Monarchie nicht bloß als äußere Form auffassen.

Der Landtag in seiner Gesamtheit ist mit dem nicht einverstanden, zu was nun das Präsidium des Hauses sich entschlossen hat. Ein großer Teil desselben wünschte, daß aus der persönlichen Eröffnung des Landtags durch den Großherzog die Konzeption seitens des Landtags gezogen würde, wie 1907, indem das Präsidium sich zur Audienz meldete. Das wird jedoch vom Präsidium im „neuen Baden“ nicht beliebt. Man wird sehen, ob sich die Gegner „Neubadens“ sich das stillschweigend gefallen lassen.

Das „neue Baden“ macht sich! Wo wird das enden? —

## Baden.

Karlsruhe, 6. Dezember 1909.

Mit Entschließung des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten wird Oberpostpräsident Philipp Kähler aus Wadshut mit Wirkung vom 1. Januar 1910 in einer Oberpostpräsidentenstelle beim Postamt in Lörrach ange stellt.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektor des Staats-eisenbahnen wurde Betriebsdirektor Julius Hub in Lörrach nach Lahr-Dinglingen versetzt.

## Neue Unwahrheit in der „Badischen Landeszeitung“.

In Nr. 563 2. Blatt schreibt die „Bad. Abztg.“: In den Verhandlungen des Landtags wurde geltend gemacht, der Zentrumsvizepräsident Seubert aus Genesbach, der bekannte Alkoholiker, habe die Verwaltung in seiner Verwaltungsbüro zurückgegeben. Diese Mitteilung wird unter allem Vorbehalt wiedergegeben. Die „Bad. Abztg.“ macht sich aus purer persönlicher Geheißigkeit zur Kolportierung der gewagtesten Gerüchte. In dieser Meldung ist vielleicht das eine wahr, daß



Eine Fundgrube des Wissens für Jedermann.

## Herders Konversations-Lexikon

entspricht mit seinen reich illustrierten 8 Bänden dem Bedürfnis unserer Zeit. Es ist nach dem Urtheil der gesamten Kritik vollständig, zuverlässig, handlich und billig.

Für nur M 100.— erfolgt es die vielbändige, teure Ausgabe. Gegen Zeitungen von M 3.— monatlich zu beziehen durch die:

**Literarische Anstalt,**  
Buch- und Kunsthandlung,  
Freiburg im Breisgau.

**Karlsruher Lebensversicherung a. G.**  
vormals Allgemeine Versorgungs-Anstalt  
empfiehlt ihre Policen als  
**Weihnachts-Geschenk.**  
Herbst 1909:  
— Versich.-Bestand 660 Millionen Mark. —

## Aufklärung.

Viele Malzkaffee-Fabriken haben die Packung des edten Kathreiners Malzkaffee so täufchend wie nur irgend möglich nachgeahmt. Ein altes Sprichwort sagt: „Die Nachahmung ist die beste Empfehlung.“ Das gilt auch hier. Denn wenn die Konkurrenz die Verpackung von Kathreiners Malzkaffee „nachahmt“, dann gibt sie damit selbst zu, dass Kathreiners Malzkaffee „nachahmenswert“ ist; ihn selbst kann man nicht nachmachen und deshalb ahmt man keine äußere Packung nach, um auf diese Weise das Publikum zu täufchen. — Man achte darum beim Einkauf genau auf die Kennzeichen des edten Kathreiners Malzkaffee:

1. geschlossenes Paket,
2. Schutzmarke „Pfarrer Kneipp“,
3. Firma: „Kathreiners Malzkaffee-Fabriken“.

Statt besonderer Anzeige.

## Todes-Anzeige.

Tieferschüttert machen wir die traurige Mitteilung, dass Samstag abend 7 Uhr meine innigstgeliebte Gattin, unsere gute, treubesorgte Mutter, Grossmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante,

**Frau Alwine Kern, geb. Blum,**

nach langem, mit Geduld ertragenem Leiden, an den Folgen einer Herzlähmung, im Alter von 56 Jahren verschieden ist.

Um stille Teilnahme bitten:

**Edmund Kern,** Bauunternehmer,  
**Anna Bier,** geb. Kern,  
**Emil Kern,**  
**Albert Bier,**  
**Maria Kern,** geb. Höchstebach,  
nebst 3 Enkel.

Strassburg, den 4. Dezember 1909.  
Karlsruhe,

Auf Wunsch der Verstorbenen findet die Beerdigung in **Karlsruhe** statt. Das Leichenbegängnis findet am Dienstag, den 7. Dezember, 8<sup>1/2</sup> Uhr, vom Trauerhaus nach der St. Stefankirche und von da nach dem Bahnhof statt. Die Beerdigung erfolgt Mittwoch, den 8. Dezember, vormittags 11<sup>1/2</sup> Uhr, in Karlsruhe von der Friedhofkapelle aus. Die feierlichen Exequien werden Donnerstag, den 9. Dezember, vormittags 9<sup>1/2</sup> Uhr, in der Bernhardskirche in Karlsruhe abgehalten. Trauerhaus in Strassburg: Sternwartstrasse 16.; in Karlsruhe: Bernhardtstrasse 19.

## Im Weihnachts-Verkauf

sind verschiedene **Warenposten**, darunter solche, welche ich durch persönlichen Einkauf vorteilhaft erstanden habe, um vor Weihnachten zu räumen, zu ausserordentlich billigen Preisen ausgelegt.

### Abteilung Damenkleider u. Blusenstoffe

70/120 cm br. feine **Streifen** und **Bordüren-Stoffe**  
per Meter von Mk. **3.25** bis **68** Pfg.

110/120 cm br. **Seiden-Eolienne, Alpaca** und **Voile** zu Ball- und Gesellschaftskleidern  
per Meter von Mk. **4.50** bis **95** Pfg.

110/140 cm br. feine **Tuche, Homespune** u. **Costümstoffe**  
per Meter von Mk. **4.50** bis **1.85**

180/140 cm br. blau und grau **Cheviot** für Costüme und Knaben-Anzüge  
per Meter von Mk. **4.10** bis **2.25**

### Grosse Posten Reste u. Coupons

in **Kleiderstoffen, Blusenstoffen, Baumwollflanellen, Reinleinen, Halbleinen, Schürzenstoffen, Cattune, Wolimoufeline** und **Damaste** aussergewöhnlich billig.

**Damen-Blusen** in Spitzenstoff, Seide, Tuch, Wolle und Waschstoffen, das Stück von **85** Pfg. an.

**Kostüm-Röcke**, darunter in Sattel, Falten und Niederfaçon, in allen Farben, solide Ausführung, das Stück von **2.95** an.

**Damen- u. Kinder-Schürzen** in allen Façonen, schwarz und farbig, enorm billig

**Unterröcke** in Tuch, Molré, Wolle und Lüste, schwarz u. farbig, das Stück von **2.25** an.

### Extra-Angebot für praktische Weihnachts-Geschenke!

#### Elegante Handarbeiten

in **Bettgarnituren, Kissen, Decken, Taschentücher**, eine Reise-Kollektion in **Untertailen** und **Matinées**, in hocheleganter Ausführung staunend billig.

Fabrik-Lagerposten in **Tischtüchern, Servietten, Handtüchern** und **Teegedecken** zu **Spottpreisen**.

Grosse Posten in **fertiger Wäsche, Damenhemden, Beinkleidern, Bettjacken, Nachthemden** enorm billig.

1 Posten **seidene Kopfschawls**, 200/225 cm lang, das Stück von Mk. **2.45** an.

Wollene Tücher Shawls Figarro Strümpfe Gürtel Pelze Normal-Wäsche

## Jacob Löwe (Adolf Löwe Sohn)

en gros **Versandhaus in Manufaktur, Mode und Ausstattungen** en détail  
Telephon 2493. **KARLSRUHE** Adlerstr. 18a.  
Mitglied des **Rabatt-Spar-Vereins**. 17125  
An den 4 Sonntagen vor Weihnachten ist mein Geschäft bis 7 Uhr geöffnet.

**Todes-Anzeige.**  
Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, heute früh meine Tante und Haushälterin, **Maria Anna Bandendistel**, öfters versehen, im Alter von nahezu 80 Jahren, in ein besseres Jenseits abzurufen. Die hochw. Amtsbrüder bitten um ein memento am Altare. **Büchsenau**, den 4. Dez. 1909. **Bal. König, Pfr.**  
Die Beerdigung ist hier am nächsten Montag, vormittags 9 Uhr.

Vorsicht!! Brautleute! Bettenkäufer!

Sie finden **wundervolles Behagen — ruhigen, erquickenden Schlaf, mollige Bettwärme** und erhalten **gesundes Blut und gesunde Nerven** nirgends sicherer als in dem weltberühmten

**Steiners Paradiesbett** das nur echt zu haben ist in der süddeutschen Niederlage

Reformhaus **186 Kaiserstr. 186**, nächst dem Kaiserplatz.  
Erklärungen kauffrei. Versand franko. Kataloge gratis.

**Trotz konkurrenzloser Vorzüge billigste Preise.**  
— **Weihnachts-Aufträge baldigst erbeten.** —  
Lieferung selbst einfachster Betten.

Damen-Gürtel  
Hutnadeln  
Schleier  
Nähkasten  
Nadelattrappen  
empfiehlt  
**Emil Kley,**  
Erbrprinzenstrasse 25.

Zur **Weihnachtsbäckerei**

empfehle sämtliche Artikel in frischer, guter Ware.

**Bernh. Oser,**  
Waldstrasse 5.

Mitglied des **Rabatt-Spar-Vereins**.

**Korridorspiegel** mit Schirm-  
händer, für  
nur M. 15.— zu verkaufen.

**Werner, Schlossplatz 13,**  
Eingang Karl-Friedrichstr., part., rechts.

## Farer & Co.

**Kohlen :: Koks :: Briketts :: Holz.**

**Beste Qualitäten. Billigste Preise.**

Bureau **Kaiserstrasse 122**, Eingang Waldstr.  
— **Telephon 28.** — **Rabattmarken.**

**Grössere**

## Weihnachts-Anzeigen

erbitten stets den **Tag vorher bis**

**nachmittags 4 Uhr.**

„**Badischer Beobachter**“.

Die **Geschäftsstelle.**

**Flor Castona,** Hochfeine **Sumatra-Havanna, Handarbeit.**  
Cigarrenhaus **E.P. Hieke, Hofl.,** Karlsruhe 1/B.,  
Kaiserstr. 215.

Das **Kunstgewerbehaus**

## C. F. Otto Müller

beehrt sich zum Besuche seiner

### Weihnachts-Ausstellung

ganz ergebenst einzuladen.

Reichste Auswahl auf allen Gebieten des Kunstgewerbes in modernen und alten Stilarten.

**Spezialgeschäft für Glas und Porzellan, Trink- und Speiseservice, Beleuchtungskörper etc.**

Billige Preise.

Nur beste Fabrikate.

**Karlsruhe**  
Kaiserstrasse 144.

**Mannheim**  
Kaufhaus.